



Hinweise für die Anzeige von Veranstaltungen nach Art. 19 Landesstraf- und Verordnungsgesetz

Wer eine öffentliche Vergnügung veranstalten will, hat das der Gemeinde unter Angabe der Art, des Orts und der Zeit der Veranstaltung und der Zahl der zugelassenen Teilnehmer spätestens eine Woche vorher schriftlich anzuzeigen.

1. Allgemeines

Grundsätzlich ist die Gemeinde für die störungsfreie Durchführung von öffentlichen Vergnügungen verantwortlich. Nur für motorsportliche Veranstaltungen ist das Landratsamt Rosenheim zuständig. Im Regelfall genügt für die ordnungsgemäße Durchführung einer öffentlichen Vergnügung eine schriftliche **Anzeige** des Veranstalters bei der Gemeinde spätestens **eine Woche** vor der Veranstaltung.

Einer **Erlaubnis** bedarf die öffentliche Vergnügung nur,

- wenn die Anzeige nicht fristgerecht erstattet wird,
- eine motorsportliche Veranstaltung geplant ist oder
- eine Veranstaltung außerhalb dafür bestimmter Anlagen mit mehr als 1.000 Besuchern stattfinden soll.
- und in besonderen Fällen (z.B. Bungee-Jumping) nach Art. 19 Abs. 5 LStVG

2. Anzeigeverfahren

Nach Eingang der Anzeige überprüft die Gemeinde, ob Gefahren oder Störungen für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu erwarten sind. In diesem Fall ist die Veranstaltung zu versagen bzw. wenn möglich kann eine

Erlaubnis nach Abs. 5 erfolgen. In beiden Fällen wird der Veranstalter schnellstmöglich informiert.

3. Erlaubnisverfahren

Wie oben bereits angesprochen braucht es bei einigen Vergnügungen einer Erlaubnis. Dies geschieht durch einen Erlaubnisbescheid. Hierzu werden z.B. die Polizei, die Feuerwehr oder andere Fachdienste zur Beratung zugezogen. Die festgelegten Auflagen sind einzuhalten. dies können z.B. sein:

- Veranstaltungsbeginn und -ende
- Ausschank und Speisenabgabe
- Toiletten
- Ordnungsdienst
- Brandschutz
- Flucht- und Rettungswege
- Erste Hilfe
- Höchstbesucherzahl
- Technische Einrichtungen
- Parkplätze
- Versicherungen

4. Sonstiges

Sollten im Rahmen der Veranstaltung auch Speisen und/oder Getränke abgegeben werden, ist u.U. eine Gestattung nach § 12 Gaststättengesetz erforderlich. Für Veranstaltungen auf öffentlichen Straßen, Wegen oder Plätzen muss eine Ausnahmegenehmigung nach der Straßenverkehrsordnung beantragt werden.

Persönliches Erscheinen empfehlenswert.

Sie können den Antrag auch persönlich bei Ihrem zuständigen Ordnungsamt (Gemeinde) stellen. Dies hat den Vorteil, dass Unklarheiten sofort beseitigt werden können und beschleunigt die Bearbeitung.

Anschrift für die Einsendung des Formulars per Post:

Gemeinde Großkarolinenfeld
Karolinenplatz 12
83109 Großkarolinenfeld

Verteiler: 1. Blatt (weiß) = Antragsteller
 2. Blatt (grün) = Polizei
 3. Blatt (blau) = GEMA
 4. Blatt (rosa) = Behörde

Absender – Veranstalter



Eingangsvermerke

Gemeinde Großkarolinenfeld, Karolinenplatz 12, 83109 Großkarolinenfeld

Anzeige
 einer öffentlichen Veranstaltung
 (Art. 19 LStVG)

Zutreffendes bitte ankreuzen

Zeitpunkt der Veranstaltung	am	am	am
	Uhrzeit (von – bis)		Uhrzeit (von – bis)
	regelmäßig am (Wochentag)		
Ort der Veranstaltung	Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort		
Anlass/Art der Veranstaltung			
Art der Musikdarbietung	(Name)		
	<input type="checkbox"/> Musikkapelle	mit Musikern.	
	<input type="checkbox"/> Discothek	<input type="checkbox"/> Alleinunterhalter	<input type="checkbox"/>
Räumlichkeiten, Eintrittsgeld	Raum	Tanzfläche	zugelassene Pers.
	m ²	m ²	Eintritt <input type="checkbox"/> frei <input type="checkbox"/>
			EUR Person

Ort, Datum

Unterschrift des Antragstellers – Veranstalters, bei Vereinen dessen Beauftragter

Nicht vom Antragsteller auszufüllen!

Erlaubnis nach Art. 19 Abs. 3 LStVG

Eingangsdatum:

Der Eingang der obigen Anzeige / des obigen Antrages wird bestätigt:

Die beantragte Veranstaltung ist erlaubnispflichtig. nicht erlaubnispflichtig.

Die Erlaubnis zur Durchführung oben beantragter Veranstaltung wird hiermit jederzeit widerruflich erteilt.

Die Auflagen auf Blatt 2 sind Bestandteil dieser Erlaubnis.

Ort, Datum
 Großkarolinenfeld

I. A.

– Siegel –

(Unterschrift)

Kostenverfügung Geb.-Verz.	Nr.
Niederschriftsgebühr	EUR _____
Erlaubnis (Ar. 19 Abs. 3 LStVG)	EUR _____
	EUR _____
	EUR _____
Gesamt	EUR _____

Auflagen

1. Es sind alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um eine Störung der Nachtruhe, insbesondere der Hausbewohner und der Nachbarschaft, zu vermeiden. Ab 22 Uhr müssen die Fenster des Gastlokals auch während der Musikpausen geschlossen gehalten werden; die Verwendung von Tonverstärkern ist ab 22 Uhr untersagt.
2. Die für bestimmte Tage (z. B. für den Volkstrauertag und für die Adventszeit) gesetzlich oder durch die Gemeinde angeordneten Beschränkungen öffentlicher und sonstiger Vergnügungen sind zu beachten.
3. Bei Tanzveranstaltungen sind die hierfür geltenden Bestimmungen des Gesetzes über den Schutz der Sonn- und Feiertage einzuhalten.
4. Die Arbeitsschutzbestimmungen, insbesondere die Vorschriften über die Arbeitszeit des Personals, sind zu beachten.
5. Die Eingänge und Ausgänge des Lokals sind bis zum Weggehen des letzten Gastes unversperrt und ausreichend beleuchtet zu halten.
6. Die Bestimmungen des Jugendschutzgesetzes sind einzuhalten (Auszug siehe unten).
7. Zur Verhütung von Gefahren sowie zum Schutz vor erheblichen Nachteilen oder Belästigung können nachträglich jederzeit Anordnungen für den Einzelfall getroffen werden. Reichen Anordnungen nicht aus, kann die Veranstaltung untersagt werden (Art. 4 und 5 LStVG).
8. Weitere Auflagen bleiben vorbehalten.

Auszug aus dem Gesetz zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit (JÖSchG) vom 23. Juli 2002, BGBl. S. 2730 (in der derzeit gültigen Fassung)

Abschnitt 1 Allgemeines

§ 1 Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Gesetzes

1. sind Kinder Personen, die noch nicht 14 Jahre alt sind,
 2. sind Jugendliche Personen, die 14, aber noch nicht 18 Jahre alt sind,
 3. ist personensorgeberechtigte Person, wem allein oder gemeinsam mit einer anderen Person nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs die Personensorge zusteht,
 4. ist erziehungsbeauftragte Person, jede Person über 18 Jahren, soweit sie auf Dauer oder zeitweise aufgrund einer Vereinbarung mit der personensorgeberechtigten Person Erziehungsaufgaben wahrnimmt oder soweit sie ein Kind oder eine jugendliche Person im Rahmen der Ausbildung oder der Jugendhilfe betreut.
- (5) Die Vorschriften der §§ 2 bis 14 dieses Gesetzes gelten nicht für verheiratete Jugendliche.

§ 2 Prüfungs- und Nachweispflicht

(1) Soweit es nach diesem Gesetz auf die Begleitung durch eine erziehungsbeauftragte Person ankommt, haben die in § 1 Abs. 1 Nr. 4 genannten Personen ihre Berechtigung auf Verlangen darzulegen. Veranstalter und Gewerbetreibende haben in Zweifelsfällen die Berechtigung zu überprüfen.

(2) Personen, bei denen nach diesem Gesetz Altersgrenzen zu beachten sind, haben ihr Lebensalter auf Verlangen in geeigneter Weise nachzuweisen. Veranstalter und Gewerbetreibende haben in Zweifelsfällen das Lebensalter zu überprüfen.

§ 3 Bekanntmachung der Vorschriften

(1) Veranstalter und Gewerbetreibende haben die nach den §§ 4 bis 13 für ihre Betriebsrichtungen und Veranstaltungen geltenden Vorschriften sowie bei öffentlichen Filmveranstaltungen die Alterseinstufung von Filmen oder die Anbieterkennzeichnung nach § 14 Abs. 7 durch deutlich sichtbaren und gut lesbaren Aushang bekannt zu machen.

Abschnitt 2 Jugendschutz in der Öffentlichkeit

§ 4 Gaststätten

(1) Der Aufenthalt in Gaststätten darf Kindern und Jugendlichen unter 16 Jahren nur gestattet werden, wenn eine personensorgeberechtigte oder erziehungsbeauftragte Person sie begleitet oder wenn sie in der Zeit zwischen 5 Uhr und 23 Uhr eine Mahlzeit oder ein Getränk einnehmen. Jugendlichen ab 16 Jahren darf der Aufenthalt in Gaststätten ohne Begleitung einer personensorgeberechtigten oder erziehungsbeauftragten Person in der Zeit von 24 Uhr und 5 Uhr morgens nicht gestattet werden.

(2) Absatz 1 gilt nicht, wenn Kinder oder Jugendliche an einer Veranstaltung eines anerkannten Trägers der Jugendhilfe teilnehmen oder sich auf Reisen befinden.

(3) Der Aufenthalt in Gaststätten, die als Nachtbar oder Nachtclub geführt werden, und in vergleichbaren Vergnügungsbetrieben darf Kindern und Jugendlichen nicht gestattet werden.

(4) Die zuständige Behörde kann Ausnahmen von Absatz 1 genehmigen.

§ 5 Tanzveranstaltungen

(1) Die Anwesenheit bei öffentlichen Tanzveranstaltungen ohne Begleitung einer personensorgeberechtigten oder erziehungsbeauftragten Person darf Kindern und Jugendlichen unter 16 Jahren nicht und Jugendlichen ab 16 Jahren längstens bis 24 Uhr gestattet werden.

(2) Abweichend von Absatz 1 darf die Anwesenheit Kindern bis 22 Uhr und Jugendlichen unter 16 Jahren bis 24 Uhr gestattet werden, wenn die Tanzveranstaltung von einem anerkannten Träger der Jugendhilfe durchgeführt wird oder der künstlerischen Betätigung oder der Brauchumpflege dient.

(3) Die zuständige Behörde kann Ausnahmen genehmigen.

§ 6 Spielhallen, Glücksspiele

(1) Die Anwesenheit in öffentlichen Spielhallen oder ähnlichen vorwiegend dem Spielbetrieb dienenden Räumen darf Kindern und Jugendlichen nicht gestattet werden.

(2) Die Teilnahme an Spielen mit Gewinnmöglichkeit in der Öffentlichkeit darf Kindern und Jugendlichen nur auf Volksfesten, Schützenfesten, Jahrmärkten, Spezialmärkten oder ähnlichen Veranstaltungen und nur unter der Voraussetzung gestattet werden, dass der Gewinn in Waren von geringem Wert besteht.

§ 9 Alkoholische Getränke

(1) In Gaststätten, Verkaufsstellen oder sonst in der Öffentlichkeit dürfen

1. Branntwein, branntweinhaltige Getränke oder Lebensmittel, die Branntwein in nicht nur geringfügiger Menge enthalten, an Kinder und Jugendliche,
 2. andere alkoholische Getränke an Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren
- weder abgegeben noch darf ihnen der Verzehr gestattet werden.

(2) Absatz 1 Nr. 2 gilt nicht, wenn Jugendliche von einer personensorgeberechtigten Person begleitet werden.

(3) In der Öffentlichkeit dürfen alkoholische Getränke nicht in Automaten angeboten werden. Dies gilt nicht, wenn ein Automat

1. an einem für Kinder und Jugendliche unzugänglichen Ort aufgestellt ist oder
2. in einem gewerblich genutzten Raum aufgestellt und durch technische Vorrichtungen oder durch ständige Aufsicht sichergestellt ist, dass Kinder und Jugendliche alkoholische Getränke nicht entnehmen können.

§ 20 Nr. 1 des Gaststättengesetzes bleibt unberührt.

(4) Alkoholhaltige Süßigkeiten im Sinne des § 1 Abs. 2 und 3 des Alkopopsteuergesetzes dürfen gewerbsmäßig nur mit dem Hinweis „Abgabe an Personen unter 18 Jahren verboten – § 9 Jugendschutzgesetz“ in den Verkehr gebracht werden. Dieser Hinweis ist auf der Fertigpackung in der gleichen Schriftart und in der gleichen Größe und Farbe wie die Marken- oder Phantasienamen oder, soweit nicht vorhanden, wie die Verkehrsbezeichnung zu halten und bei Flaschen auf dem Frontetikett anzubringen.

§ 10 Rauchen in der Öffentlichkeit, Tabakwaren

(1) In Gaststätten, Verkaufsstellen oder sonst in der Öffentlichkeit dürfen Tabakwaren und andere nikotinhaltige Erzeugnisse und deren Behältnisse an Kinder oder Jugendliche weder abgegeben noch darf ihnen das Rauchen oder der Konsum nikotinhaltiger Produkte gestattet werden.

(2) In der Öffentlichkeit dürfen Tabakwaren und andere nikotinhaltige Erzeugnisse und deren Behältnisse nicht in Automaten angeboten werden. Dies gilt nicht, wenn ein Automat

1. an einem Kindern und Jugendlichen unzugänglichen Ort aufgestellt ist oder
2. durch technische Vorrichtungen oder durch ständige Aufsicht sichergestellt ist, dass Kinder und Jugendliche Tabakwaren und andere nikotinhaltige Erzeugnisse und deren Behältnisse nicht entnehmen können.

(3) Tabakwaren und andere nikotinhaltige Erzeugnisse und deren Behältnisse dürfen Kindern und Jugendlichen weder im Versandhandel angeboten noch an Kinder und Jugendliche im Wege des Versandhandels abgegeben werden.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten auch für nikotinfreie Erzeugnisse, wie elektronische Zigaretten oder elektronische Shishas, in denen Flüssigkeit durch ein elektronisches Heizelement verdampft und die entstehenden Aerosole mit dem Mund eingeatmet werden, sowie für deren Behältnisse.